

BRH AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH, Alicenplatz 4, 55116 Mainz

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb -

Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Verantwortlich: Dr. Herbert Bartsch

Nr. 81/2008

29.08.2008

Zahlenverhältnis Lehrer/Schüler in Thüringen am besten

In Thüringen ist das Zahlenverhältnis zwischen Schülern und Lehrern in Deutschland am günstigsten, hat eine neue Studie ergeben. Während ein Lehrer im Bundesdurchschnitt 19,4 Schüler zu unterrichten hat, sind es in Thüringen lediglich 14,9 Kinder (Hessen: 22). Das gute Ergebnis ist nicht ausschließlich auf den Willen der Politik zurückzuführen, sondern ihr mindestens teilweise aufgezwungen worden. Ursprünglich hatte Thüringen seinen überwiegend verbeamteten Lehrern angeboten, als Teilzeitkräfte Dienst zu tun. Dann kam ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach Beamte nicht ohne ihren Willen als Teilzeitkräfte beschäftigt werden dürfen. Inzwischen haben viele beamtete Lehrer, die früher als Teilzeitkräfte tätig waren, Antrag gestellt, Vollzeitkraft zu werden. Dem musste das Land Thüringen folgen.

Die SPD im Thüringer Landtag kritisierte die Landesregierung und sprach von einer "Verbeamtungswelle ohnegleichen". Der Beamtenbund Thüringen bezeichnete diese Kritik als "populistisch".

Kürzung der Pension wegen Dienstunfähigkeit rechtmäßig

Die Pension eines Beamten, der wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand getreten ist, darf gekürzt werden. Die Kürzung ist nur dann unzulässig, wenn die Dienstunfähigkeit auf einen Dienstunfall zurückgeht, hat das Oberverwaltungsgericht des Saarlandes entschieden (Az.: 1 A 14/08).

Clement verlässt „Konvent für Deutschland“

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hat seinen Austritt aus dem "Konvent für Deutschland" erklärt. Ziel des Konvents, dessen Vorsitzender der frühere Bundespräsident Professor Dr. Roman Herzog ist, ist die "Reform der Reformfähigkeit". Zu den Mitgliedern des Konvents gehören unter anderen Hans-Olaf Henkel und Oswald Metzger. In einem Zeitungsinterview erklärte Clement, der Konvent habe sich nach seiner Auffassung zu stark auf die Föderalismusreform konzentriert. Deshalb sei er vor vier Wochen ausgetreten.

Keine Antworten an die Aktionäre

Nach achtstündiger Hauptversammlung haben die Aktionäre der IKB-Bank resigniert. Der Bund hat die Bank, die 10 Milliarden € in Amerika verspekuliert hat, für 115 Millionen € an einen Hedge-Fonds verkauft. Alle Fragen nach den Verantwortlichen blieben auf der Hauptversammlung unbeantwortet. Immerhin wurde erläutert, wer an dem Desaster verdient hat: Die ehemaligen Vorstände haben es abgelehnt, variable Vergütungen in Höhe von 3 Millionen € zurückzuzahlen. Für die Beratung des Unternehmens haben erhalten: der Wirtschaftsprüfer 8,4 Millionen €, die Anwaltskanzlei 12 Millionen €, der Berater einer Investmentbank 3,9 Millionen €, Öffentlichkeitsarbeiter 5,3 Millionen € und 1,8 Millionen €.

Solange der Fiskus solche Summen in den Sand setzen kann, soll er nicht über die Kosten für den öffentlichen Dienst stöhnen (dbb-Bundesvorsitzender Peter Heesen).

Deutsche "bunkern" ihr Geld

Die Sparquote lag in Deutschland im Frühjahr 2008 bei 11,4 Prozent. In Zeitungsberichten hieß es, die Deutschen "bunkerten" ihr Geld. Der Wunsch nach größeren Anschaffungen ist so schwach wie seit Oktober 2004 nicht mehr. Grund für die Kaufzurückhaltung seien vor allem die schlechten Konjunkturaussichten.

Neues von der Reform der Erbschaftsteuer

Für Erben von Immobilien wird über eine Erleichterung nachgedacht. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, die fällige Erbschaftssteuer in Härtefällen bis zu zehn Jahre zinslos stunden zu lassen. Begünstigt werden sollen Immobilien, die im Todeszeitpunkt zu Wohnzwecken vermietet waren. Als Härtefall soll gelten, wenn der Erbe das Objekt veräußern muss, um die Erbschaftsteuer zu bezahlen. Deshalb soll es nicht als Härtefall anerkannt werden, wenn die Erbschaftsteuer aus anderen Teilen des Nachlasses beglichen werden kann. Auf diesen Vorschlag soll sich eine Arbeitsgruppe des Bundestages geeinigt haben.

EU: Deutsche Gesellschaft wird am schnellsten altern

In Deutschland wird der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung in den nächsten drei Jahrzehnten schneller wachsen als im übrigen Europa, meint das Europäische Statistikamt in Luxemburg. Im Jahr 2035 werde in Deutschland jeder dritte Bürger älter sein als 65 Jahre, in der Europäischen Union (EU) dagegen nur jeder vierte.

USA: Wahlkampf um Krankenversicherung

Die Krankenversicherungspflicht wird zum großen Thema im Kampf um die nächste Präsidentschaft in den USA. Beide Kandidaten halten es für erforderlich, das amerikanische Gesundheitssystem zu reformieren. Barack Obama will dafür 110 Milliarden \$ ausgeben, McCain hält Mehrkosten von rund 10 Milliarden \$ jährlich für erforderlich. Obama will zur Finanzierung die Steuersenkungen aus der Ära Bush rückgängig machen.

Derzeit sind 47 Millionen Bürger der USA ohne Krankenversicherungsschutz. Sie müssen jährlich rund 30 Milliarden \$ für Arzneien ausgeben. Die amerikanische Regierung hilft mit weiteren rund 46 Milliarden \$. Eine allgemeine Krankenversicherung für alle US-Bürger wurde nach Schätzung von Fachleuten über 200 Milliarden \$ jährlich kosten. Obama will auch rund neun Millionen Kindern und Jugendlichen finanziellen Schutz vor Krankheit verschaffen.

Den Parteitag der Demokraten, bei dem Obama zum Präsidentschaftskandidaten nominiert worden ist, haben hochrangige Gesandte der deutschen Parteien (Zypries, Bütikofer, Heil) mit höchster Aufmerksamkeit verfolgt. Sie wollen für den kommenden Bundestagswahlkampf lernen, wie man Emotionen weckt. Deutschlands Politiker werden angeblich als zu trocken empfunden.

Das Ende der "Ichlinge"?

Drei von vier Deutschen sind bereit, freiwillig auch jenseits der 65 Jahre zu arbeiten. Das hat eine Umfrage der "Stiftung für Zukunftsfragen" ergeben. Immer mehr Deutsche blicken wieder optimistisch in die Zukunft. Besonders hoffnungsvoll sind die Jüngsten im Alter zwischen 15 und 17 Jahren, von denen zwei Drittel davon überzeugt sind, dass sie ihre Zukunft meistern können. In dem Zukunftsreport "Deutschland 2030. Wie wir in Zukunft leben" wird ein Wertewandel mit positiver Grundrichtung vorausgesagt. Soziale Gerechtigkeit, Freundschaft und Hilfsbereitschaft genießen wieder hohen Stellenwert. "Das Zeitalter der Ichlinge" scheint zu Ende, heißt es in der Pressemeldung der Stiftung.

Broschüre zum Vergleich Renten/Pensionen

"Immer schön sachlich bleiben!", heißt die Broschüre des BRH, in der Argumente zur derzeitigen Diskussion um Renten und Pensionen dargestellt werden. Sie kann beim BRH gegen Übersendung eines adressierten und mit 1,45 € frankierten DIN A5-Rückumschlages angefordert werden.